

## Interpellation von Kurt Balmer und Franz Hürlimann betreffend Verkehrsunfall auf der Autobahn N4 vom 15. April 2011

Die Kantonsräte Kurt Balmer, Risch, und Franz Hürlimann, Walchwil, haben am 15. April 2011 folgende Interpellation eingereicht:

Am Freitag den 25. März 2011 ereignete sich um ca. 05:00 Uhr auf der Autobahn A4 im Baustellenbereich zwischen Rütihof und Cham ein spektakulärer Unfall mit einem Lastwagen und zwei Personenwagen mit drei verletzten Personen. Die Rettungs- und Räumungsarbeiten dauerten bis weit in den Nachmittag hinein. In der Folge kam es während Stunden zu einem grossräumigen Verkehrstau. Auf den Strassen der Zentralschweiz herrschte bis ca. 15:00 Uhr (Zitat) "das nackte Chaos". Hunderte Arbeitnehmer blieben im Verkehr stecken und erreichten ihren Arbeitsplatz z.T. erst mit mehreren Stunden Verspätung. Unbestimmte Mengen von terminierten Gütern erreichten ihren Bestimmungsort verspätet oder erst nachträglich. Lieferverzögerungen der Transporteure dauerten in der Folge auch am Montag noch an. Die stundenlange Sperrung wurde allgemein als übertrieben empfunden.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

- 1. Entsprachen die Sicherheitsvorschriften auf der Baustelle den gesetzlichen Anforderungen. Wie werden sie begründet?
- 2. Welche Vorkehrungen können auf Autobahnbaustellen getroffen werden, um bei Unfällen den Verkehrsfluss besser zu gewährleisten?
- 3. Welchen personellen Einsatz erforderte dieses Ereignis von der Zuger Polizei und wie hoch sind die Kosten für den Kanton Zug, welche nicht auf Versicherungen oder Verantwortliche überwälzt werden können?
- 4. Welche Umstände führten dazu, dass die Unfallstelle von allen Seiten her so unverhältnismässig lange unpassierbar war, resp. erst nach rund zehn Stunden wieder frei gegeben werden konnte?
- 5. Welche Erkenntnisse brachten die Abläufe in der Organisation zwischen Polizei, Feuerwehr, Verkehrsdienste, Bautrupps, Pannenfahrzeuge, etc.?
- 6. Welche zusätzlichen Optimierungen können bei künftigen Ereignissen zur schnelleren Aufhebung ähnlicher Verkehrsbehinderungen führen?
- 7. Wie weit machen sich die verantwortlichen Polizeiorgane Gedanken über den volkswirtschaftlichen Schaden solcher Verkehrsbehinderungen?
- 8. Wie hoch schätzt die Regierung den volkswirtschaftlichen Schaden ein, der beim vorliegenden Unfall entstanden ist?